

Michael Zimmermann
FV B90/Die Grünen
Haltern am See

Stellungnahme zur Berichterstattung über die Forensik in der Haard

„Landesregierung mit Gesundheitsminister Laumann am Zuge“

Bis zum Regierungswechsel bei der Landtagswahl 2017 war aus Sicht der CDU ausschließlich die rot-grüne Landesregierung für die Standortentscheidung verantwortlich. Die Behauptung, es gebe deutlich geeignetere Standorte als den in der Haard und es fehle nur der politische Wille von Rot-Grün dieses auch anzuerkennen, fällt der CDU jetzt auf die Füße.

Das Heft des Handelns liegt, wie in dem Artikel der HZ richtig dargestellt, nun bei der Landesregierung aus CDU und FDP. Sie kann diesen Standort nach §37 des Baugesetzbuches in jedem Fall durchsetzen oder einen anderen Standort wählen, den sie für geeigneter hält.

Die Strategie von Herrn Hovenjürgen ist äußerst widersprüchlich und allzu durchsichtig. In Haltern setzt man sich dafür ein, dass die Fläche in der Haard der Natur zurückgegeben wird, damit dort keine Forensik entsteht. An anderen ehemaligen Bergbaustandorten spielt diese Regelung im Rahmenbetriebsplan keine Rolle und die Flächen sollen durchaus bebaut werden.

Die „Nebelkerze RVR-Entscheidung“ ist der Versuch von eigenen Verantwortlichkeiten abzulenken. Einzig und allein die Landesregierung mit Minister Laumann kann die Standortentscheidung durchsetzen oder auch ändern und zwar unabhängig von der Entscheidung des RVR.

Offensichtlich fehlt der Landesregierung der Mut, das Thema der Standortfrage abschließend zu entscheiden. Daher auch der Versuch des CDU-Generalsekretärs Hovenjürgen, SPD und Grüne als die weiterhin Verantwortlichen darzustellen.

Solange keine neuen Entscheidungen von der CDU/FDP- Landesregierung (bald 2 Jahre im Amt!) zur Standortfrage getroffen werden, müssen die Bürger davon ausgehen, dass die zurzeit bestehende Standortentscheidung von ihnen mitgetragen wird!